

ÖVP und FPÖ Aufregung um Abstimmung mit Wiener Dienststellen nicht nachvollziehbar - Klimaschutz muss in Klosterneuburg von der Politik ernst genommen werden:

Die Aufregung um das Abstimmungsgespräch zwischen Verkehrsstadtrat Stefan Hehberger und dem STR-Büro von Uli Sima auf Wiener Seite wird seitens ÖVP und FPÖ aufgebauscht und gipfelt in einer geradezu abstrusen Rücktrittsforderung der FPÖ.

Wie im letzten KLBG Verkehrsausschuss vom 1.6 angekündigt (und von allen Beteiligten und der FP Gasthörerin GR Eistert wohlwollend zur Kenntnis genommen) suchte STR Hehberger das Gespräch am 13.6 mit seinem Wiener Pendant, vor allem um die bereits seit Jahren erfolgreiche Abstimmung zwischen Klosterneuburg und Wien in Sachen Hangbrückensanierung fortzusetzen. In diesem Gespräch wurde der leider von den Wienern geplante Abbau der Fahrradbrücke Kuchelau sowie die Verkehrsführung nach Abschluss der Baustelle thematisiert. Denn hierbei gibt es Potenziale - Wie beispielsweise in Linz wäre eine Lösung, in der Busse, einspurige Fahrzeuge und mehrfach besetzte (zB. mindestens 2 Personen pro Fahrzeug) PKWs die rechte Spur nützen können, PKWs mit nur einer Person auf der linken Spur bleiben müssen. Diese Möglichkeit war auch in der Vergangenheit mehrmals mit dem Bürgermeister besprochen worden, der sich offen zeigte und das Ergebnis von Wien abwarten wollte - seine jetzt offen dargestellte Entrüstung wirkt auf STR Hehberger sehr verwunderlich. Um in weiterer Folge seitens der Stadtgemeinde Entscheidungen vorbereiten zu können ist eine solche Erstabstimmung weder eine Übertretung der Kompetenzen noch gesetzeswidrig, sondern schlichtweg ein seriöses Handeln um alle möglichen Optionen abzuwägen. Weder wurden Zusagen noch Aufträge erteilt noch Entscheidungen getroffen.

Mit einer **Verkehrsstärke von 22.000 Fahrzeugen pro Richtung** ist die B14 eine hoch ausgelastete Straße. Mit dichtem öffentlichen Verkehr (2 Buslinien eine davon im 10min Takt) und gleichzeitig im Schnitt 1,2 Personen pro PKW ist eine **Effizienzsteigerung schlichtweg notwendig**, um künftig nicht im Stau zu versinken und gleichzeitig einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz zu leisten. **“Menschen animieren, sich zu zweit ins Auto zu setzen anstatt alle alleine, ist ein wichtiger Beitrag, effizienter mit Platz und Energie umzugehen** - und es gibt genug Beispiele, die belegen dass das funktioniert" so Stadtrat Hehberger **“Diese Möglichkeit nicht zumindest auszuloten, wäre fahrlässig.” Dass ÖVP und FPÖ mit Beißreflex jegliche Maßnahme im Autoverkehr ablehnt und selbst die im Stadtentwicklungskonzept angeführten Ziele untergräbt oder ignorier, ist alarmierend.** **“Das ist aber wohl der neue Ton der ÖVP - als PUK werden wir dennoch weiter mit konstruktiven Vorschlägen an den Zielen arbeiten, auch wenn wir oft die Einzigen sind,”** so Hehberger.

Weiter Details unter:

<https://unser-klosterneuburg.at/2023/wann-darf-man-in-klosterneuburg-klimaschutz-die-co2-reduktion-und-die-bremse-fuer-den-motorisierten-individualverkehr-pkw-ansprechen-und-einfordern/>



Pitschko: „PUK -Verkehrsstadtrat soll zurücktreten“

Ohne Ermächtigung des Bürgermeisters besprach PUK – Verkehrsstadtrat Hehberger mit der Wiener Stadträtin Simma die Einführung von Busspuren auf der B14 nach der Sanierung der Hangbrücke.

Der Klosterneuburger Gemeinderat beschloss in seiner Sitzung am 29.6.2023 eine Resolution an die Stadt Wien und das Land Niederösterreich betreffend den Erhalt von vier Fahrspuren auf der B 14. Diese Resolution erschien dem Gemeinderat zur Klarstellung erforderlich, nachdem der Klosterneuburger Verkehrsstadtrat Hehberger eigenmächtig mit der Wiener Stadträtin Simma die Schaffung von Busspuren auf der B 14 erörtert hatte.

Bei der Diskussion des Antrages empfahl FPÖ – Stadtrat Dr. Josef Pitschko dem PUK – Verkehrsstadtrat „ernsthaft über einen Rücktritt nachzudenken“. Der freiheitliche Stadtrat sieht mehrere Gründe:

1. PUK – Verkehrsstadtrat Hehberger kennt trotz mehrjähriger Mitgliedschaft im Gemeinderat die Gemeindeordnung nicht, die auch die Befugnis zur Vertretung der Gemeinde regelt. Schon diese Ignoranz würde einen Rücktritt rechtfertigen.
2. PUK – Verkehrsstadtrat kennt zwar die Gemeindeordnung, missachtet sie aber vorsätzlich, indem er ohne Ermächtigung die Gemeinde gegenüber einer Wiener Stadträtin vertritt. Eine vorsätzliche Gesetzesverletzung erfordert geradezu den Rücktritt, zumal jeder Gemeinderat bei der Angelobung die Einhaltung der Gesetze gelobt hat.
3. Im Fall einer vorsätzlichen Gesetzesverletzung stellt sich zudem die Frage nach dem Grund: Dieser könnte in einer völligen Selbstüberschätzung des PUK – Verkehrsstadtrates und einer Überbewertung seiner Funktion liegen, die sich bedenklich dem Größenwahn annähert.
4. Der PUK – Verkehrsstadtrat kann sich bei seiner eigenmächtigen gesetzwidrigen Vorgangsweise nicht einmal auf einen politischen Wunsch des Klosterneuburger Gemeinderates ausreden. Wie die beschlossene Resolution des Klosterneuburger Gemeinderates zum Erhalt von vier Fahrspuren auf der B 14 zeigt, lehnt der Gemeinderat die vom PUK – Verkehrsstadtrat Hehberger mit der Wiener Stadträtin Simma besprochene Einführung einer Busspur ab. Ein Verkehrsstadtrat, der gesetzwidrig im Außenverhältnis gegen die Interessen der Mehrheit des Gemeinderates agiert, ist untragbar.